

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2019

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Ursula von der Leyen zur neuen Präsidentin gewählt	1
Finnischer Vorsitz im Rat der EU	1
Rat der EU: Europäisches Semester zur Koordinierung der EU-Wirtschaftspolitik abgeschlossen	1
EU-Kommission: Konsultation zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und Europäischem Sozialfond.....	2
EU-Kommission: Work-Life-Balance Paket im Amtsblatt der EU veröffentlicht	1
EU-Kommission: Investitionen im Programm Horizont 2020 bekanntgegeben	1
Nachrichten aus den europäischen Staaten.....	2
Estland: Neuer Leitfaden für Kindergesundheit veröffentlicht	2
Irland: Einheitliche Gestaltungsrichtlinien für Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung und Bildung	3
Irland: What Works-Initiative gestartet.....	3
Rumänien: Gesetzesänderungen zur Inklusion von Kindern mit Behinderung	3
Österreich: EU-Kommission leitet die nächsten Schritte im Vertragsverletzungsverfahren ein	3
Ungarn: Geflüchtete Familien und Kinder in Transitzonen	4
Großbritannien: Gesetz zu häuslicher Gewalt	4
Weitere Nachrichten	4
Petition zur Einrichtung eines EU-Kommissars für Kinder gestartet.....	4
Bewerbungszeitraum für den Access City Award gestartet	4
AGE Platform Europe: Offener Brief zur Berücksichtigung älterer Menschen in der EU-Politik	5
Enter! Youth Week in Straßburg	5
Europäischer Wirtschaftsausschuss: Preis zur Förderung der Geschlechtergleichstellung.....	5
Berichte und Studien	6
Studie zu Policy-Instrumenten für die Europäische Säule Sozialer Rechte	6
European Anti-Poverty Network: Ergebnisse des 17. Europäischen Treffens der von Armut betroffenen Menschen	6
Eurofound: Bericht zur Qualität von Gesundheitsversorgung und Pflegeangeboten in der EU	6
UNICEF: Studie zu minderjährigen MigrantInnen.....	7
Population Europe: Zusammenhang von Wohlbefinden und der Entscheidung für Elternschaft	7
UN Women: Jahresbericht zum globalen Fortschritt der Frauen	7
EACEA: Bericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung in Europa	8
Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa: Vereinbarkeitspolitik.....	8
Bevorstehende Veranstaltungen.....	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Work-Life-Balance Paket im Amtsblatt der EU veröffentlicht

Das Work-Life-Balance-Paket ist als Direktive 2019/1158 am 12. Juli offiziell im Amtsblatt der EU erschienen. Die Direktive steht in allen EU-Sprachen zur Verfügung. Sie wird 21 Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft treten.

- [Die Direktive 2019/1158 auf Deutsch](#) 

Finnischer Vorsitz im Rat der EU

Finnland hat zum 1. Juli seinen Ratsvorsitz von sechs Monaten angetreten. Der finnische Premierminister Antti Rinne präsentierte das Programm, dessen Prioritäten der Erhalt europäischer Werte und Rechtsstaatlichkeit, eine sozial inklusive und wettbewerbsfähige EU und die Stärkung der europäischen Vorreiterrolle im Klimaschutz sind. Zudem solle die EU künftig zeigen, dass sie zur Steigerung des Wohlbefindens der BürgerInnen geschaffen ist. Konkret kündigte er an, die Implementierung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung anzustoßen.

- [Website des finnischen Ratsvorsitzes](#) 

EU-Kommission: Ursula von der Leyen zur neuen Präsidentin gewählt

Mit der Wahl von Ursula von der Leyen wurde am 16. Juli erstmals eine Frau in das Amt der EU-Kommissionspräsidentin gewählt. Die ehemalige deutsche Familien- und Verteidigungsministerin wird das Amt im November antreten. In ihren politischen Leitlinien der Kommission für die Jahre 2019 bis 2024 kündigte sie die Ziele eines klimaneutralen Europas, einer Wirtschaftspolitik zugunsten der BürgerInnen, zeitgemäßer Lösungen für die Digitalisierung und die Wahrung europäischer Werte und demokratischer Prinzipien an. In einem nächsten Schritt werden die designierten Kommissarinnen und Kommissare von den für ihre Ressorts zuständigen Ausschüssen des Parlaments angehört. Schließlich stimmen die EP-Abgeordneten darüber ab, ob die Kommission als ganzes genehmigt wird.

- [Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission \(2019-2024\)](#)  

EU-Kommission: Investitionen im Programm Horizont 2020 bekanntgegeben




Die Verwendung der letzten jährlichen Tranche der Mittel für das Programm Horizont 2020 ist beschlossen. Die verbleibenden 11 Milliarden Euro aus den Mitteln für das EU-Forschungs- und Innovationsförderprogramm sollen zur weiteren Bearbeitung der Themen Klimawandel und erneuerbare Energien, Cybersicherheit und Digitalisierung zugute kommen. Die Ausschreibungsthemen sind bereits auf der Webseite der Initiative einzusehen. Auch die Vorbereitung des folgenden Rahmenprogramms für Horizont Europa von 2021-2027 findet im aktuellen Haushaltsplan beachtet. So wird die Pilotphase des Europäischen Innovationsrats mit 1,2 Milliarden Euro gefördert. Er soll in Zukunft Forschung und Innovation auf EU-Ebene koordinieren und unterstützen.

- [Die Initiative Horizont 2020](#)
- [Arbeitsprogramme mit den Ausschreibungsthemen für 2020](#) 

Rat der EU: Europäisches Semester zur Koordinierung der EU-Wirtschaftspolitik abgeschlossen




Am 9. Juli hat der Rat der EU die länderspezifischen Empfehlungen und Stellungnahmen zur Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, und Haushaltspolitik angenommen. Nachdem die Kommission ihre Analysen zur wirtschaftlichen Situation und des Reformbedarfs der Mitgliedstaaten im März vorgelegt hatte (s. [EuropaNews 03/19](#)), legten diese ihre Reformprogramme für die Wirtschaftspolitik und ihre Haushaltspläne vor. Dieser als Europäisches Semester bezeichnete Abstimmungsprozess soll der Modernisierung der Volkswirtschaften in der EU und der Steigerung ihrer Krisenfestigkeit dienen.

Eurochild hat aus kinderrechtlicher Perspektive eine Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen veröffentlicht. Sie kommt zu dem Schluss, dass diese vor allem finanzpolitische Stabilität, aktivierende Arbeitsmarktpolitik, Bildung und die Energiewende priorisierten. Sozialpolitische Herausforderungen fänden jedoch eine stärkere Beachtung als in den vergangenen Jahren. Das Thema Kinderarmut sei jedoch noch nicht explizit adressiert worden.

- [Informationen der EU-Kommission zum Europäischen Semester](#) 
- [Zur Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen von Eurochild](#)  

EU-Kommission: Konsultation zur Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und Europäischem Sozialfond

Die Europäische Kommission führt derzeit eine Evaluation der Wirkung des Europäischen Sozialfonds und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen auf die Beschäftigung junger EuropäerInnen durch. Sie soll Auskunft darüber geben, ob die Zielgruppe der jungen Menschen mit Bedarf an Unterstützung von den Programmen erreicht wird. Außerdem soll die Qualität der Bildungsangebote untersucht und herausgefunden werden, welche Formen der Unterstützung die wirksamsten waren. Im Rahmen dieser Untersuchung hat die Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet, die sich an alle BürgerInnen richtet. Insbesondere sind junge Menschen und Jugendorganisationen zur Teilnahme eingeladen. Alle Beiträge sollen in die Bewertung des zwischen 2014 und 2018 Erreichten einfließen. Die Konsultation endet am 19. August 2019.

- [Evaluation der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#) 
- [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen](#) 
- [Konsultation zur Jugendbeschäftigungsinitiative](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Estland: Neuer Leitfaden für Kindergesundheit veröffentlicht

Das estnische Sozialministerium hat einen neuen Leitfaden zur Gesundheitsüberprüfung von Kindern herausgegeben. Er wurde von einer vom Ministerium eingesetzten Arbeitsgruppe veröffentlicht, die sich aus ÄrztInnen, PflegerInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen und Eltern zusammensetzte. Die neue Handreichung richtet sich an Fachkräfte und Familien gleichermaßen und legt ein neues Augenmerk auf Prävention und Früherkennung gesundheitlicher Probleme. Damit finden auch Themen die Ernährung und Bewegung sowie seelische Gesundheit Beachtung. Der Leitfaden soll bis 2021 gültig sein und dann vom Ministerium evaluiert und überarbeitet werden.

Irland: Einheitliche Gestaltungsrichtlinien für Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung und Bildung

Das Irische Ministerium für Kinder- und Jugendangelegenheiten hat Richtlinien für die Gestaltung von Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung und Bildung vorgelegt. Sie sollen Kitas, Vorschulen und andere Einrichtungen auch für Menschen mit Behinderungen problemlos zugänglich machen. Neben der Inklusion von Kindern mit Behinderungen solle dies den Zugang für mobilitätseingeschränkte Eltern, Großeltern und andere Betreuungspersonen erleichtern. Die geplanten Umbauten sind Bestandteil der Umsetzung des „Early Childhood Care and Education (ECCE) programme“, das im Jahr 2016 gestartet wurde und sich inklusive Einrichtungen für alle Altersklassen und Betreuungsformen für Kinder zum Ziel gesetzt hat.

Irland: What Works-Initiative gestartet

Die Initiative „What Works“ des irischen Ministeriums für Kinder- und Jugendangelegenheiten ist gestartet. Sie soll zur Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen beitragen, indem für Fachkräfte und Familien Informationen zur Prävention und Intervention in verschiedenen Bereichen zur Verfügung gestellt werden. Einen Schwerpunkt der Initiative bildet die Forschung zu Bereichen, in denen Kinder und Jugendliche in Irland mehr Unterstützungsangebote benötigen. Außerdem sollen Ratgeber, Verzeichnisse von Hilfsangeboten und weiteres Informationsmaterial für Eltern zur Verfügung gestellt werden. Zudem werden im Rahmen der Initiative die bestehenden Angebote evaluiert, Best Practices identifiziert und ausgebaut.

- [„What Works“ Initiative](#) 

Rumänien: Gesetzesänderungen zur Inklusion von Kindern mit Behinderung

Die rumänische Regierung plant Änderungen, die zur Verringerung der Unterbringung von Kindern mit Behinderung in speziellen Betreuungseinrichtungen führen sollen. Das Gesetz soll die Fälle beschränken, in denen die Unterbringung in Pflegeeinrichtungen als Standardvorgehen gewählt wird. Außerdem soll es finanzielle Hilfen für Familien bereitstellen, die ihre Kinder mit speziellem Betreuungsbedarf Zuhause pflegen möchten. Es sollen außerdem spezielle Unterstützungsprogramme für pflegende Eltern, die im Ausland arbeiten sowie für Asylsuchende geschaffen werden.

Österreich: EU-Kommission leitet die nächsten Schritte im Vertragsverletzungsverfahren ein

Die EU-Kommission hat beschlossen, das Vertragsverletzungsverfahren hinsichtlich der Indexierung von Familienbeihilfen (s. [EuropaNews 01/219](#)) zu verschärfen. Die Ungleichbehandlung von ArbeitnehmerInnen mit Wohnsitz im Ausland bei der Familienbeihilfe und in den steuerlich Regelungen verstoße gegen geltende EU-Vorschriften. Die Argumente, die Österreich in seiner Antwort auf das Aufforderungsschreiben der Kommission aus dem März vorgebracht habe, hätten diese Einschätzung nicht widerlegt. Dies legt die Kommission in ihrer aktuellen Stellungnahme an Österreich dar. Sollte Österreich die geforderten Änderungen nicht innerhalb von zwei Monaten umsetzen, kann die Kommission beim Europäischen Gerichtshof eine Klage einreichen.

- [Pressemitteilung der Kommission zum Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich](#)
- [Koordinierung der sozialen Sicherheit in der EU](#)

Ungarn: Geflüchtete Familien und Kinder in Transitzonen

Ein Menschenrechtsexperte der Vereinten Nationen wurde nach Ungarn entsandt, um eine Einschätzung der Menschenrechtssituation von Geflüchteten und MigrantInnen in Ungarn zu gewinnen. Er kritisierte den Ansatz der ungarischen Regierung insgesamt, da sie ein Krisenszenario vermittele, dass Migration als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit darstelle. Besonders kritisiert wurden die Transitzonen an der Grenze zu Serbien, in denen Asylsuchende als einzige Orte im Land ihre Anträge einreichen können. Sie dürfen während des gesamten Asylverfahrens nicht verlassen werden. Über 60 Prozent der LagerbewohnerInnen seien Kinder, die häufig länger als ein Jahr in der Transitzone verbringen müssten. Dort gebe es weder KinderärztInnen noch GynäkologInnen und auch schwere Krankheiten der BewohnerInnen blieben häufig unbehandelt. Die UN forderte Ungarn auf, zumindest Kinder und Familien aus den Lagern zu entlassen.

Großbritannien: Gesetz zu häuslicher Gewalt

Der Gesetzentwurf der britischen Regierung zum Thema häusliche Gewalt wurde dem Parlament vorgelegt. Es enthält die erste Definition für häusliche Gewalt, die jemals von einer britischen Regierung formuliert wurde. Sie enthält auch die Dimension der ökonomischen Gewalt. Laut Entwurf ist die Einrichtung eines Kommissars für häusliche Gewalt zur Unterstützung von Betroffenen geplant. Außerdem sollen neue Möglichkeiten für kurzfristige polizeiliche Intervention in akuten Gewaltsituationen geschaffen werden. Weitere Neuerungen sind das Verbot von Vernehmungen des Täters und des Opfers in einer gemeinsamen Sitzung sowie die Einführung eines automatischen Anspruchs auf Prozessbegleitung für Betroffene. Für die zweite Lesung des Entwurfs, nach der über das Gesetz abgestimmt wird, steht noch kein Termin fest. Die Regierung hat außerdem angekündigt, spezielle Hilfsangebote für von häuslicher Gewalt betroffene Asylsuchende zu schaffen.

Weitere Nachrichten

Petition zur Einrichtung eines EU-Kommissars für Kinder gestartet

Anlässlich der neu zusammengesetzten EU-Kommission hat die Kinderrechtsorganisation Eurochild eine Petition gestartet, in der sie die Einrichtung eines EU-Kommissars für Kinder fordert. Sie verweist auf die verschiedenen Problemfelder, von denen viele Kinder in der EU betroffen sind. Neben Kinderarmut und fehlenden staatlichen Unterstützungsleistungen verweist sie auf die ungleiche Teilhabe in Bereichen wie Bildung und Gesundheit. Sie führe dazu, dass Kinder, die in Armut aufwachsen, geringe Chancen hätten, als Erwachsene in besseren Verhältnissen zu leben. Die Petition verweist auch darauf, dass die Wahrung von Kinderrechten im EU-Recht festgeschrieben sei und fordert den neuen Posten des Kommissars für Kinder, um diese Garantien in konkrete Politik zu überführen.

- [Zur Petition für die Einrichtung eines EU-Kommissars für Kinder](#) 

Bewerbungszeitraum für den Access City Award gestartet




Die EU-Kommission vergibt Ende November den Access City Award für Städte, die herausragende Arbeit zur Förderung der Zugänglichkeit der städtischen Flächen und Gebäude für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen leisten. Dass der Award in diesem Jahr das zehnte Mal verliehen wird, feiert die Kommission mit

erhöhten Preisgeldern von bis zu 150.000 Euro für den ersten Platz. Bewerben können sich Städte mit über 50.000 EinwohnerInnen bis zum 11. September 2019.

- [Bewerbung zum Access City Award 2020](#) 

AGE Platform Europe: Offener Brief zur Berücksichtigung älterer Menschen in der EU-Politik

Das Netzwerk AGE Platform Europe ist ein Zusammenschluss von Organisationen aus ganz Europa, die sich für die Interessen älterer Menschen einsetzen. Anlässlich der Wahl der neuen EU-Kommissionspräsidentin veröffentlichte AGE einen offenen Brief an Ursula von der Leyen, indem die zukünftige Kommissions-Präsidentin aufgefordert wird, einen stärkeren Fokus auf ältere Menschen zu setzen. Konkret gefordert werden Programme zur Nichtdiskriminierung Älterer, die Förderung zivilgesellschaftlicher Dialoge, nachhaltige Pläne für das Altern und mehr Kooperation zwischen den Generationen.

- [Deklaration der AGE Mitgliederversammlung 2019](#)  
- [Offener Brief des Netzwerks AGE an Ursula von der Leyen.](#) 

Enter! Youth Week in Straßburg

Der Rat der Europäischen Union hat gemeinsam mit dem European Youth Forum, dem französischen Ministerium für Bildung und Jugend und der Stadt Straßburg die Enter! Youth Week ausgerichtet. Vom 8. bis zum 11. Juli kamen 250 junge Menschen, VertreterInnen von Jugendorganisationen und Mitarbeitende der Jugendarbeit zusammen, um über den Zugang junger Menschen zu sozialen Rechten zu diskutieren. Dabei wurde die namensgebende Publikation ENTER!, eine Sammlung von Empfehlungen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Jugendlichen aus benachteiligten Nachbarschaften evaluiert. In dieser Empfehlung hatte der Rat im Jahr 2015 die EU-Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, in benachteiligten Wohngebieten verstärkt Programme zur Prävention und Bekämpfung von Armut, Diskriminierung und Gewalt zu starten.

- [EU-Ratsempfehlung ENTER!](#)
- [ENTER! Youth Week](#) 

Europäischer Wirtschaftsausschuss: Preis zur Förderung der Geschlechtergleichstellung

Der diesjährige Preis der Zivilgesellschaft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) wird in diesem Jahr für „Initiativen zur Stärkung von Frauen in Europas Gesellschaft und Wirtschaft“ vergeben. Honoriert werden soll die Arbeit derer, die sich für Chancengerechtigkeit der Geschlechter und ihre Gleichstellung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens einsetzen. Das können zum Beispiel Initiativen sein, die sich gegen stereotype Geschlechterrollen einsetzen, für die bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie aktiv sind oder Frauen in typischen „Männerberufen“ fördern. Bis zum 6. September können sich zivilgesellschaftliche Organisationen oder Einzelpersonen mit aktuell laufenden oder bereits abgeschlossenen Projekten bewerben. Das Preisgeld von insgesamt 50.000 Euro kann zwischen bis zu fünf Preisträgern aufgeteilt werden.

Berichte und Studien

Studie zu Policy-Instrumenten für die Europäische Säule Sozialer Rechte

Die Studie "Integrating the European Pillar of Social Rights into the roadmap for deepening Europe's Economic and Monetary Union" wurde von der Gruppe Arbeitnehmer des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Auftrag gegeben. Sie untersucht Möglichkeiten für die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte und macht konkrete Politik-Vorschläge. Dazu zählen die höhere Priorisierung der sozialen Frage in der Budgetplanung für die kommenden Jahre, die Einführung eines neuen Sozial-Budgets für die gesamte Eurozone und die Einführung einer Prozedur zum Monitoring sozialer Ungleichheiten über ein soziales Scoreboard, das kritische Situationen in einzelnen Mitgliedstaaten vergleichbar darstellen könnte. Gefordert werden zudem mehrjährige Aktionspläne, die finanzielle Hilfen und Reformempfehlungen für Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen und die Umsetzung überwachen sollen.

- [Integrating the European Pillar of Social Rights into the roadmap for deepening Europe's Economic and Monetary Union](#)  

European Anti-Poverty Network: Ergebnisse des 17. Europäischen Treffens der von Armut betroffenen Menschen

Das Europäische Netzwerk gegen Armut (European Anti-Poverty-Network, EAPN) hat einen Bericht veröffentlicht, der die Ergebnisse des 17. Europäischen Treffens der von Armut betroffenen Menschen enthält. Die wichtigsten Themen dieses Austauschs der Betroffenen mit politischen VertreterInnen wurden mit partizipativen Forschungsmethoden festgehalten. Wichtige Problemfelder seien demnach die fehlende Anerkennung verschiedener Fähigkeiten im Bildungssystem und bei Bewerbungen. Betroffene fühlen sich ausgeschlossen und haben häufig den Eindruck, dass ihre Talente nicht gefördert und anerkannt werden. Gefordert werden Lösungen, die Familien, Mitarbeitende von Bildungseinrichtungen, staatliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen einbeziehen, um innovative Ansätze zu entwickeln, die die Stärken von allen Kindern fördern können. Formelle und nicht-formelle Lernmöglichkeiten sollten stärker verknüpft werden, um einen umfassenden Ansatz zum lebenslangen Lernen zu entwickeln.

- [Bericht "Let's Make Education a Way Out of Poverty!"](#)  

Eurofound: Bericht zur Qualität von Gesundheitsversorgung und Pflegeangeboten in der EU

Der Bericht „Quality of health and care services in the EU“ untersucht die Nutzung, den Zugang und die Wahrnehmung durch BürgerInnen von verschiedenen Gesundheits- und Pflegeangeboten in der EU. Die Ergebnisse stammen aus dem European Quality of Life Service, der 2016 in 28 Mitgliedstaaten erhoben wurde. Sie werden vergleichend für verschiedene Staaten, Bevölkerungsgruppen und primäre und sekundäre NutzerInnen dargestellt. Insgesamt wurde die medizinische Versorgung besser eingeschätzt als Pflegeleistungen. Im Bereich der Online-Services zur Gesundheitsversorgung gibt es innerhalb der EU deutliche Unterschiede.

- [Quality of health and care services in the EU](#)  

UNICEF: Studie zu minderjährigen MigrantInnen

Die Studie „No Mother Wants Her Child To Migrate“ der UINICEF untersucht die Lebenssituation minderjähriger MigrantInnen, die von Äthiopien und dem Jemen nach Somaliland kommen, um Armut und Konflikte in ihrer Heimat zu entfliehen. Mit Daten aus 282 qualitativen Interviews analysiert die Studie die Schwierigkeiten dieser besonders verletzlichen Gruppe. Sie entsprechen in verstärktem Maße den Umständen, unter denen Geflüchtete in dieser Region ohnehin leiden: Armut, (sexuelle) Gewalt und Abhängigkeit von und Ausbeutung durch Schmuggler. Bei den Jugendlichen sei zudem besonders zu erwähnen, dass ihnen das Recht auf Schulbildung verwehrt bleibe. UNICEF merkt an, dass der rechtliche Schutz den Kindern und Jugendlichen in Somaliland zwar garantiert sei, die Implementierung aber aufgrund fehlender Ressourcen nicht gewährleistet werden könne.

- [UNICEF-Studie "No Mother Wants Her Child To Migrate"](#)  

Population Europe: Zusammenhang von Wohlbefinden und der Entscheidung für Elternschaft

Der Policy Brief „Is It All About Happiness? The latest evidence on wellbeing and childbearing decisions in Europe“ diskutiert den Zusammenhang des subjektiven Wohlbefindens von Personen und ihrer Entscheidung und ihrer Entscheidung, Kinder zu bekommen. Nach aktueller Studienlage könne nicht eindeutig identifiziert werden, ob das Zufriedenheitsempfinden von Personen dazu führt, dass sie sich für Elternschaft entscheiden. Auch für die Phase nach der Geburt des ersten Kindes gebe es unterschiedliche Studienergebnisse zur Wirkung von Elternschaft auf das individuelle Wohlbefinden. Als Ergebnis des ExpertInnentreffens zum Projekt „Subjektive Wellbeing and Fertility (SWELL-FER) geben die Autorinnen an, dass die sozioökonomische Lage junger Eltern entscheidend für ihre Lebenszufriedenheit sei. Insgesamt sei der Zusammenhang von subjektiver Zufriedenheit und Elternschaft durch strukturelle Faktoren wie familienpolitische Maßnahmen, Vereinbarkeitspolitiken der Arbeitgeber und die Verfügbarkeit von Wohnraum vermittelt.

- [Policy Brief „Is It All About Happiness? The latest evidence on wellbeing and childbearing decisions in Europe“](#)  

UN Women: Jahresbericht zum globalen Fortschritt der Frauen

Der UN Women Jahresbericht zur globalen Entwicklung der Lage der Frauen widmet sich dem Thema Familie, den Veränderungen in Familienkonstellationen und ihrem Einfluss auf die Lebenssituation von Frauen weltweit. Ausgangspunkt ist die Entwicklung, dass Ehe und Familiengründung durchschnittlich später im Leben stattfinden als in der Vergangenheit. Dies sei durch den verbesserten Zugang von Frauen zu Bildung und Arbeitsmarkt und ihrem kulturell stärker vermittelten Wunsch nach Eigenständigkeit begründet. Ihre verbesserte gesellschaftliche Stellung und diesbezüglicher Wertewandel ver helfe vielen Frauen weltweit zur selbstbestimmten Familienplanung, was auch durch durchschnittlich spätere Erstgeburten und gesunkene Geburtenraten angezeigt werde. Obwohl diese Indikatoren auf die Gleichstellung der Frau auch in Partnerschaft und Familie verweisen, bildeten diese soziale Nahbeziehungen weiterhin den Lebensbereich, in dem Frauen am häufigsten (sexualisierte) Gewalt und Unterdrückung erfahren. Der Bericht verweist daher auf die Notwendigkeit rechtlicher Regulierung auch im Bereich der Familie.

- [Report on Progress of the World's Women 2019](#) 

EACEA: Bericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung in Europa

Die EU-Exekutivagentur für Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EU Education, Audiovisual and Culture Executive Agency, EACEA) hat im Auftrag der Europäischen Kommission einen Bericht zur frühkindlichen Betreuung und Bildung herausgegeben. Der umfassende europäische Vergleich untersucht die Dimensionen Governance, Zugang, Personal, pädagogische Richtlinien und Evaluation der frühkindlichen Betreuung und Bildung. Die Untersuchung zeigt große Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten in allen diesen untersuchten Ebenen: So hätten nur ein Viertel der Mitgliedstaaten rechtliche Rahmen zur Regelung der frühkindlichen Betreuung und Bildung. Nur siebender europäischen Staaten bieten einen gesetzlichen Anspruch auf Betreuung für Kinder unter drei Jahren. Auch die erforderlichen Bildungsabschlüsse für pädagogisches Personal seien innerhalb Europas nicht einheitlich. So ist in den skandinavischen und einigen mitteleuropäischen Ländern für die gesamte Phase der pädagogischen Arbeit vor dem Schuleintritt ein Hochschulabschluss notwendig, in anderen Staaten nur in der Arbeit mit Kindern über drei Jahren, in einigen osteuropäischen Staaten ist ein Hochschulabschluss gar keine Voraussetzung. Der Bericht stellt die unterschiedlichen Versuche der Regelung frühkindlicher Betreuung und Bildung im Detail dar und verzichtet auf Policy-Empfehlungen. Er soll als Ausgangspunkt für weitere Forschung und die Entwicklung von Ideen zur politischen Steuerung dienen.

- [EACEA: Early Childhood. Education and Care in Europe 2019](#)  

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa: Vereinbarkeitspolitik

Die Dokumentation des vierten und letzten aus einer Reihe von Fachgesprächen zum EU-Vereinbarkeitspaket im Jahr 2018 ist veröffentlicht. Die Reihe veranstaltet hatten die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Das vierte Fachgespräch im Oktober 2018 fand zum Thema „Abkehr vom Zuverdiener-Modell – aber wohin? Gleichstellungspolitische Zielsetzungen und Anforderungen an Vereinbarkeitspolitik“ statt. Das Gespräch behandelte die Themen Gleichstellungspolitische Maßnahmen und Strategien in Europa und Gleichstellungspolitische Strategien zur Unterstützung eines Erwerb-und-Sorge-Modells im Lebensverlauf.

- [Zur Dokumentation des Fachgesprächs und weiteren aktuellen Veröffentlichungen der Beobachtungsstelle](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
16. – 18. Sep 2019 Helsinki, Finnland	Building social Europe	Social Europe
26.-27.Sep 2019 Edinburgh, Schottland	Care Leavers: Integrated Care and Support	European Social Network
03.-4. Oktober 2019 Helsinki, Finnland	Shaping a healthy environment fit for children	COFACE Families Europe

27.- 29 Oktober 2019 Tartu, Estland	7th Conference of the International Society for Child Indicators (ISCI) "Children of the World: The Touch of Change. Theories, Policies, Practices"	University of Tartu
15.-17. Nov. 2019 Rom, Italien	Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges	International Commission on Family and Couple Relations
20. Nov 2019 Paris, Frankreich	Building Resilience in Vulnerable Children	OECD
03.-05. Juli 2019 Exeter, Großbritannien	Society for Academic Primary Care 48th Annual Scientific Meeting 2019	Society for Academic Primary Care
26.-27.Sep 2019 Edinburgh, Schottland	Care Leavers: Integrated Care and Support	European Social Network

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78

E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>

Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend